

## **Antwort**

zu Antrag Nr. **AT/0026/2011**

der Stadtratssitzung am 19.05.2011 Punkt:           ö.S. / nö.S.

### **Betr.: Antrag der FDP-Fraktion zu Dokumentenformaten**

#### Antwort

Die Verwaltung unterstützt den Antrag und wird im Rahmen eines IV/IT-Projektes die Möglichkeiten und Voraussetzungen für die Umstellung der Standardsoftware Microsoft Office auf eine lizenzkostenfreie Software (Open Document Format, ODF) ermitteln.

Die Thematik wurde in der Vergangenheit bereits mehrmals diskutiert. Die Stadtverwaltung Mainz hatte bereits praktisch ein Projekt zur Umstellung der Standardsoftware Microsoft auf ein ODF-Produkt begonnen; es scheiterte letztlich aber an technischen Anpassungsproblemen, in Folge derer keine Akzeptanz bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erreicht werden konnte. Das Projekt wurde 2008 komplett eingestellt.

Ähnliche Erfahrungen musste der Städtetag Rheinland Pfalz sammeln, der im Rahmen seiner dezidierten Empfehlung für den Einsatz von Open-Source-Produkten bei sich selbst vergeblich versucht hatte, ODF für seinen Geschäftsverkehr zu etablieren.

Im Auswärtigen Amt wurde eine Rückmigration von Linux und freier Software auf Windows und Microsoft-Software notwendig, da die bestehenden Anforderungen mit der lizenzkostenfreien Software nicht erfüllbar waren.

Mit lizenzkostenfreien Produkten ist regelmäßig eine wenig nachhaltige Support- und Schulungsunterstützung verbunden, sodass dies durch entsprechende eigene Leistung und Kompetenzaufbau ersetzt werden muss. Hierfür werden über das jetzige Maß weit hinausgehende personelle Ressourcen in KGRZ und Verwaltung gebunden werden. Dies ist insbesondere für die Einbindung der vorhandenen Fachverfahren erforderlich, da notwendige Anpassungen meist ohne die Unterstützung seitens der Hersteller nicht möglich bzw. sehr aufwendig sind.

Unter Berücksichtigung der Weiterentwicklung im Bereich der lizenzkostenfreien Standardanwendungen und dem im Antrag genannten positiven Beispiel bei der Stadtverwaltung Freiburg wird die Notwendigkeit einer erneuten Prüfung gesehen. Da die gesamte Verwaltung betroffen ist, bedarf das Projekt einer detaillierten Vorbereitung und muss bei der Umsetzung in der Verwaltung personell sehr intensiv begleitet werden.

Daher schlägt die Verwaltung folgendes Vorgehen in Form eines Pilotprojektes vor: Unter Berücksichtigung der dafür notwendigen Ressourcen ist vorgesehen, zunächst die Einführung einer lizenzkostenfreien Standardsoftware an einem Fachverfahren zu prüfen und danach unter Einbeziehung der praktischen Erfahrungen die weiteren Schritte festzulegen. Unter Berücksichtigung der bestehenden Projektplanung wird dies jedoch nicht mehr in 2011 möglich sein.